

Sexuelle Selbstbestimmung ist nicht verhandelbar!

BUNDESWEITE AKTIONEN

26. JANUAR 2019



Rede von Kristina Hänel bei der Demonstration in Gießen am 26.1.19:

WEGMIT219A
KEINEKOMPROMISSE

Liebe Mitstreiter*innen!

Es reicht! In mehr als 30 Städten gehen heute in Deutschland Menschen auf die Straße, um für ihre Rechte zu streiten. Es geht um grundlegende Freiheits- und Menschenrechte. Frauen sind Menschen. Sie haben ein Anrecht auf Information, auf Würde, auf freie Arztwahl. Auf Unversehrtheit ihres Körpers auch und gerade beim Schwangerschaftsabbruch...

Ich bin Ärztin, ich halte es für meine ärztliche Pflicht, Frauen zu behandeln und zu informieren.

Ich empfinde es als eine Frage des Gewissens, Frauen eben nicht die für sie notwendige Hilfe zu verweigern und sie damit wieder dem Kleiderbügel oder der Stricknadel auszuliefern. Ich wurde angezeigt, angeklagt und zu 6000 Euro Geldstrafe verurteilt, nur, weil ich auf meiner Webseite sachliche Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung stelle. Zwei Abtreibungsgegner tyrannisieren seit Jahren in ganz Deutschland Ärzte und Ärztinnen mit Hunderten von Strafanzeigen. Sie beschäftigen Polizei, Staatsanwaltschaften und die Justiz. Das alles zahlt der Staat. Die Folge ist, dass immer weniger Ärzt*innen Abbrüche machen, es nirgends in der Ausbildung thematisiert wird, weil bereits Dozierende sich im Dschungel der Strafjustiz nicht verfangen wollen, ein Bischof seine Informationen über Beratungsstellen von der Homepage nimmt, obwohl er ja gar keine Abbrüche macht, also deswegen auch keinen Vermögensvorteil haben kann...

Die meisten Leute haben eine klare Meinung: der unsägliche Unrechtsparagraf 219a aus dem Jahr 1933 muss endlich abgeschafft werden!...

Nach langen zähen Verhandlungen kam die Groko jetzt mit einem Vorschlag, indem der Paragraf 219a beibehalten werden soll. Die Frage, ob Ärzt*innen künftig sagen dürfen, ob sie Abbrüche machen oder nicht, ist zwischen SPD und CDU/CSU noch nicht abschließend geklärt. Sicher ist aber, dass meine Homepage weiterhin strafbar bleibt. Das ist eine Null-Nummer! Uns reicht es jetzt...

Dass Ärzte und Ärztinnen begreifen, dass sie sich des Themas annehmen müssen, und die Weigerung, Abbrüche zu machen, nicht länger mit ihrem Gewissen vereinbaren können... Die Bundesregierung erlaubt sich weiterhin, den Zug der Zeit zu verschlafen. Wir leben nicht mehr im Mittelalter! ... Die Interessen des Papstes, der mich Auftragsmörderin nennt und die Hälfte der Menschheit zu potentiellen Mörderinnen erklärt, haben in der deutschen Gesetzgebung nichts zu suchen. Davon abgesehen, dass diese radikale frauenverachtende Haltung ja nicht mal bei den katholischen Gläubigen geteilt wird...

Wir Frauen – und jetzt spreche ich nicht als Ärztin – sondern einfach als Frau, wissen sehr genau, ob wir Mutter werden wollen oder nicht. Wir wissen sehr genau, wie lange unsere Kräfte reichen, um Kinder, Angehörige, Kranke zu pflegen. Denn wir sind es ja, die das überwiegend tun. Niemand hat ein Anrecht auf unseren Körper! Niemand...

Wir können das alles selbst entscheiden. Wir durften lesen und schreiben lernen, also gibt es keinen Grund, uns daran zu hindern, Informationen, die für unsere Gesundheit und unseren Körper wichtig sind, vorzuenthalten. Weg mit staatlicher Zensur!

Wir appellieren an alle Bundestagsabgeordneten...

Endlich Schluss machen mit Heuchelei, Doppelmoral und fundamentalistischem Irrsinn: Weg mit dem Paragrafen 219a und ran an die Arbeit: sicherer Zugang und Informationen zum Schwangerschaftsabbruch, Zugang zu Verhütungsmitteln, für eine kindergerechte Gesellschaft...

Für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung aller Menschen!